

## 0. Inhalt

0. Inhalt .....	1
1. Entwicklung des Wirtschaftswachstums.....	1
2. Grenzen und Gefahren des Wirtschaftswachstums.....	2
3. Grundprinzipien .....	5
4. Erläuterungen und Forderungen zu den Grundprinzipien .....	5
5. Arbeitsgebiete des AK Suffizienz .....	8

## 1. Entwicklung des Wirtschaftswachstums

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs sind weltweit viele sozio-ökonomische Größen, wie Bevölkerung, Bruttoinlandprodukt, Transportleistung und Energiebedarf in ungeahnten Maße angestiegen. Dies hat im Globalen Norden bei breiten Bevölkerungsschichten zu Wohlstand und vielfältigen Konsummöglichkeiten geführt. Im Laufe der Zeit hat sich die Bevölkerung so sehr an das Wachstum gewöhnt, dass jährliche Steigerungen zur selbstverständlichen Erwartung geworden sind. Harald Welzer spricht hier von mentalen Infrastrukturen, die sich gebildet haben. Für die Politik ist Wachstum äußerst bequem, da bei der Verteilungsfrage auf den für alle wachsenden Kuchen verwiesen werden kann und die Verteilungsfrage nicht grundsätzlich beantwortet werden muss.

Beim ersten „Stottern“ des Wachstumsmotors in der Bundesrepublik Deutschland wurde daher „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ durch das Gesetz über Stabilität und Wachstum im Jahre 1967 in den Rang eines Staatsziels erhoben. Seitdem ist das Wachstum zu einem Paradigma geworden, das in der Politik und Mainstream-Ökonomie nicht mehr hinterfragt wird. In der Zwischenzeit sind viele Aspekte der Gesellschaft, wie Staatsverschuldung, Rentenversicherung und Bankenwesen in einer Weise konstruiert worden, die zukünftiges Wachstum voraussetzt und bei ausbleibendem Wachstum zu Instabilitäten führt.

## 2. Grenzen und Gefahren des Wirtschaftswachstums

Einen ersten Dämpfer für die Wachstumseuphorie brachte das 1972 erschienene Buch „Grenzen des Wachstums“ (Dennis Meadows und andere), in dem unter der Annahme weiteren Wachstums ein Kollaps von Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung modelliert wurde.

Die Ergebnisse des Buches sind vielfach falsch dargestellt worden, so dass man auch von Fachleuten häufig hört, die Voraussagen seien nicht eingetroffen. Dies ist unrichtig, denn die zentrale Aussage des Buches lautet:

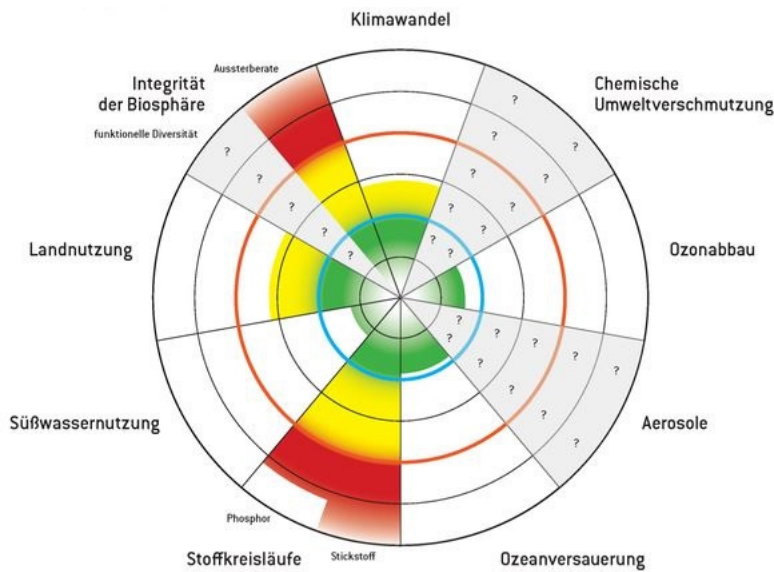
„Wenn die derzeitigen Wachstumstrends bei Bevölkerung, Industrialisierung, Verschmutzung, Nahrungsmittelproduktion und Ressourcenausbeutung unverändert weitergehen, werden die Wachstumsgrenzen dieses Planeten irgendwann innerhalb der nächsten 100 Jahre erreicht werden. Das wahrscheinlichste Ergebnis wird ein ziemlich plötzlicher und unkontrollierter Rückgang sowohl bei Bevölkerung als auch Industriekapazität sein.“

Eine endgültige Entscheidung, ob das zentrale Szenario des Buches (genannt business-as-usual oder BAU) korrekt ist, kann also erst im Jahre 2072 getroffen werden. Eine Forschergruppe der Universität Melbourne hat kürzlich das Szenario mit der eingetretenen Entwicklung verglichen und kommt zu dem Schluss:

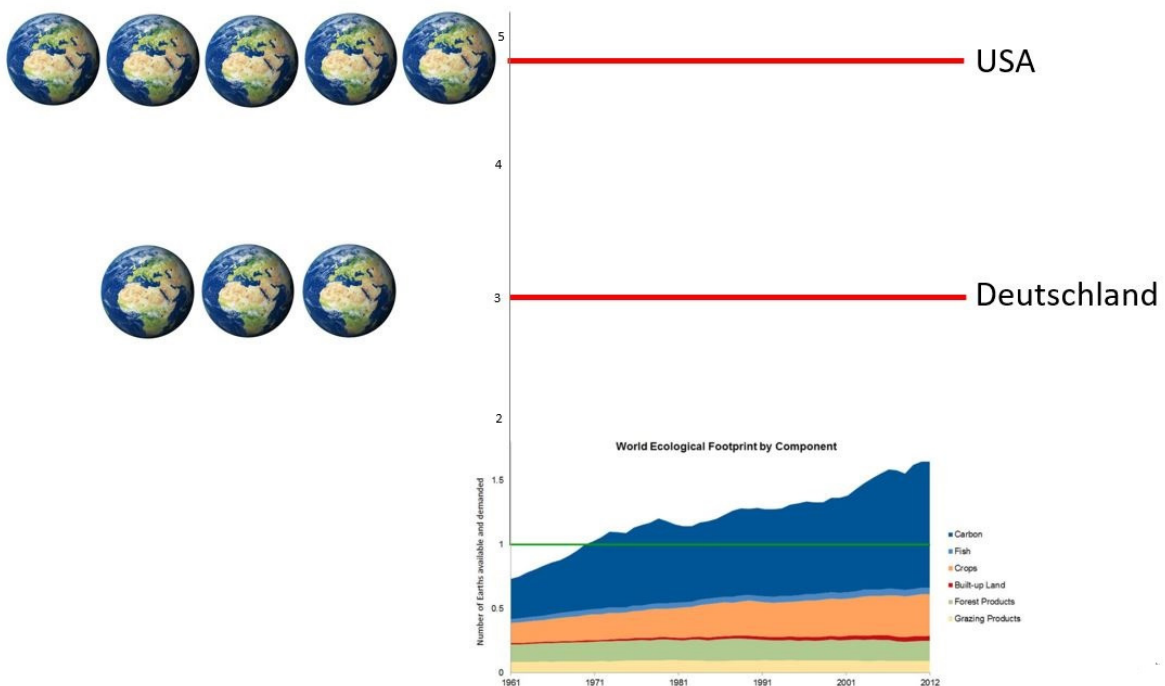
„Das „Limits to Growth“ BAU-Szenario, welches vor ungefähr 40 Jahren erstellt wurde, ist in guter Übereinstimmung mit den historischen Daten“.

In der Zwischenzeit ist klar geworden, dass es neben dem Wirtschaftswachstum deutlich steigende Belastungen des Erdsystems gibt. Das betrifft zum einen die Ressourcen, aus denen unsere Lebensgrundlagen geschöpft werden. Zum anderen betrifft das die sogenannten Senken, das heißt die Rückstände/Abfallprodukte, die als Ergebnis des Wirtschaftens in Atmosphäre, Ozeanen und Böden abgelagert werden. Kritische Prozesse entwickeln sich bei der Ozeanversauerung, der Süßwassernutzung und der Umnutzung von Land. Eine Forschergruppe um Johan Rockström hat ermittelt, dass die „sicheren“ Planetaren Grenzen beim Klimawandel überschritten sind, bei den Faktoren Biodiversität und Stickstoff- und Phosphorflüssen sogar in gefährlichem Ausmaß, bei letzteren ist die industrielle Landwirtschaft der Hauptverursacher.

Das folgende Diagramm (dem Leitantrag des Deutschen Naturschutzinges entnommen) visualisiert die Planetaren Grenzen



Der „ökologische Fußabdruck“ fasst die Auswirkungen des Menschen in einer Zahl zusammen und bezieht sie auf die vorhandene Biokapazität. Danach lebt die Menschheit ökologisch seit den 70er Jahren „auf Pump“, die Tendenz ist immer noch steigend. Der aktuelle Verbrauch ist im Durchschnitt 1,6 Erden, für Deutschland sogar 3 Erden, wie das nachstehende Diagramm ([www.footprintnetwork.org](http://www.footprintnetwork.org)) zeigt.

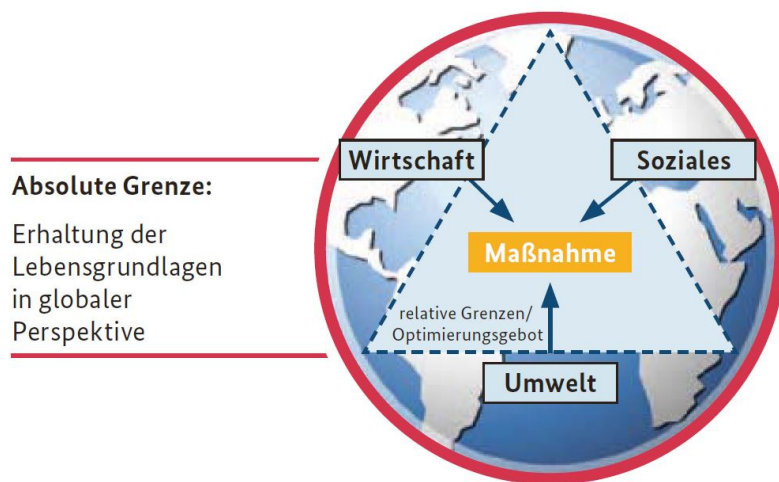


Besonders dringlich ist das Klimaproblem, das nur durch gemeinsames Handeln aller Staaten zu lösen ist. Die Weltgemeinschaft hat in Abkommen von Paris deklariert, dass die Temperaturerhöhung bei deutlich unter 2 Grad gestoppt werden soll, eine Begrenzung auf 1,5 Grad wird angestrebt. Diese Zahl wird schon im Jahre 2021 erreicht werden. Trotzdem sind in Deutschland keine Maßnahmen erkennbar, mit denen der CO<sub>2</sub>-Ausstoß eingedämmt werden kann.

Diese Tatbestände haben die Politik und Mainstream-Ökonomie bisher nicht veranlasst, das Wachstumsparadigma in Frage zu stellen. Statt dessen werden diverse Nachhaltigkeitsdiskurse gestartet, die vordergründig auf die auftretenden Probleme eingehen, aber alle mit der verborgenen Agenda, dass sich am Wachstumsprinzip nicht ändern darf.

Ein Element dieser Diskurse ist das Dreisäulen-Modell der Nachhaltigkeit, welches Ökonomie, Ökologie und Soziales in gleicher Weise berücksichtigen soll. Man kann konstatieren, dass dieses Modell komplett gescheitert ist, da in allen Anwendungsfällen der Ökonomie der Vorrang gegeben wird.

Grundlage der Politik sollte stattdessen das Vorrang-Modell sein, wie es auch in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verwendet wird. Zunächst muss sichergestellt werden, dass die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde eingehalten werden. Wenn dies erreicht ist, können weitere Maßnahmen zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem optimiert werden.



Ein weiterer Versuch der Ablenkung von den wahren Problemen ist das Versprechen des „Grünen Wachstums“ mit dem zentralen Motto „Du musst Dein Verhalten nicht ändern, Technik wird es richten“. Das Konzept könnte möglicherweise eine Lösung sein, wenn unser Konsum im Einklang mit der Umwelt stünde. Die Effizienzsteigerung bei Energie und Ressourcen, die nötig wäre, um den Naturverbrauch in Deutschland um den Faktor 3 zu senken, ist jedoch völlig unrealistisch. Zum einen sind die erreichten Effizienzsteigerungen nur 1-2% pro Jahr, zum anderen lehrt die Erfahrung, dass Effizienzgewinne meist zu höherem Energie- und Ressourcenverbrauch führen (Bumerang- oder Rebound-Effekt).

Zwei weitere Beispiele für die Diskrepanz zwischen Aussagen aus der Politik und der Realität sind:

1. Nach dem Beschluss von Paris beeilte sich die EU-Kommission zu versichern, dass die Klimaschutzpläne mit den Pariser Zielen in Einklang sind. Dies wurde in vielen Gutachten widerlegt, zuletzt in einem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen gemeinsamen Gutachten der Internationalen Energie Agentur (IEA) und der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA).
2. Die Energiewende wird vom Bundeswirtschaftsministerium als „Erfolgsgeschichte“ verkauft, dabei betrug im Jahre 2015 der Anteil von Wind und Photovoltaik weniger als 5% der Endenergie.

Der einseitige Fokus der Politik und Wirtschaft auf Wirtschaftswachstum hat zu vielen weiteren Problemen geführt, z. B., zu einer Prekarisierung der Arbeitswelt und zu einer steigenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen.

### 3. Grundprinzipien

Der Arbeitskreis Suffizienz möchte nur wenige Grundprinzipien aufstellen. Er legt Wert darauf, dass diese Prinzipien universell anschlussfähig sind, d.h., es darf keine größeren Teile der Bevölkerung geben, die diese Prinzipien nicht teilen.

Die Grundprinzipien sind

- A. Einführung von menschen- und umweltgerechten Wohlstandsindikatoren
- B. Infragestellung des Wachstumsnarrativ
- C. Konsequente Einführung und Durchsetzung des Verursacherprinzips
- D. Stärkung der Resilienz in Gesellschaft und Wirtschaft
- E. Stärkung der partizipativen Elemente der Demokratie

### 4. Erläuterungen und Forderungen zu den Grundprinzipien

#### A. Einführung von menschen- und umweltgerechten Wohlstandsindikatoren

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst den Wert der über den Markt vermittelten Waren und Dienstleistungen. Diesem reinen Wirtschaftsindikator ist im Laufe der Zeit zugeschrieben worden, dass er die Wohlfahrt der Menschen misst. Dies ist offensichtlich nicht der Fall, denn das BIP misst nicht, ob eine Wirtschaft Lebensmittel, Konsumgüter oder Waffen erzeugt, es misst nicht, ob das Einkommen gerecht verteilt ist, es misst nicht, ob durch unsere Art zu leben Ressourcen unwiderruflich verbraucht werden oder lebensbedrohende Rückstände entstehen. Das BIP steigt auch bei Unfällen oder wenn ein Ölbohrplattform explodiert. Eine Politik, deren Hauptziel BIP-Wachstum ist, kann daher mit Fug und Recht als unethisch bezeichnet werden.

**Wir fordern:**

- Verzicht auf das BIP als Maßstab für Beurteilungen und Planungen von Politik
- Statt dessen Nutzung von alternativen Wohlfahrtsindikatoren, z. B., des Nationalen Wohlfahrtsindex – NWI. Die alternativen Indikatoren sind so zu wählen, dass ein gesichertes Auskommen und gute Arbeit einen hohen Stellenwert haben.

**B. Infragestellung des Wachstumsnarrativ**

Das Buch „Grenzen des Wachstums“ wurde seinerzeit von vielen Seiten stark kritisiert. Dies veranlasste den US-Ökonomen Kenneth Boulding zu der pointierten Aussage: „Wer glaubt, dass unendliches Wachstum in einer endlichen Welt möglich sei, ist entweder verrückt oder Wirtschaftswissenschaftler“

Wir teilen die Ansicht, dass unendliches Wachstum nicht möglich ist. Begrenzungen sind bereits sichtbar. So ist inzwischen der Gipfel der Förderung von (konventionellem) Erdöl überschritten, das Gleiche gilt für die Menge des Fischfangs in den Weltmeeren. Das Wachstum wird in jedem Falle irgendwann enden, „by design or by disaster“. Es wäre daher ein Gebot der Ehrlichkeit, den Bürgern und Wählern zu sagen, dass das Wachstum wie bisher nicht weitergehen kann. Der sicherste Weg zu mehr Parteien-, Politik- und Demokratieverdrossenheit bei Bürgern und Wählern ist das Versprechen ständigen Wachstums, gepaart mit einer gegensätzlichen Erfahrung,

**Wir fordern:**

- Eine Erklärung der Politik, dass Wachstum nicht unendlich weiter gehen kann
- Berücksichtigung dieses Prinzips in der allen Bereichen der Politik,

**C. Konsequente Einführung und Durchsetzung des Verursacherprinzips**

Im privaten Bereich muss der Verursacher für Schäden aufkommen, die er anderen zugefügt hat. Bei von allen Bürgern zu nutzenden Gemeingütern wie Luft, Wasser und Boden hat sich dieses Prinzip bisher nur mangelhaft durchgesetzt. Es fließen riesige Subventionen in umweltschädliche Bereiche, z. B. in fossile Energien. Unverständlich ist, wie eine nachhaltige Welt entstehen kann, wenn der Schadstoffausstoß hoch subventioniert wird

**Wir fordern:**

- Kurzfristiger Abbau der Subventionen für fossile Energien sowie für eine Landwirtschaft, die nicht nach ökologischen Prinzipien betrieben wird
- Erhebung eines CO<sub>2</sub>-Preises mittelfristig (ca. 2025) von 100 €/t, langfristig (2050) von 200 €/t, jeweils verbindlich im Voraus festgelegt
- Erhebung von Preisen für Stickoxidemissionen (NO<sub>x</sub>) und Feinstaub (PM), angelehnt an die Berechnungen des Umweltbundesamts
- Erhöhung der Akzeptanz dieser Maßnahmen in der Bevölkerung durch teilweise Rückvergütung als pro Kopf-Ausschüttung der eingenommenen Gelder („Öko-Bonus“ oder „Öko-Dividende“)

**D. Stärkung der Resilienz in Gesellschaft und Wirtschaft**

Resilienz bezeichnet die Widerstandsfähigkeit eines Systems gegen äußere Einwirkungen. Die Menschheit übernutzt die Ressourcen der Erde schon seit Jahrzehnten und überzieht unseren Planeten mit ihren Abfällen. Unerwünschte und teilweise lebensbedrohende Effekte stellen sich ein, sowohl erwartete, wie das Steigen der Meeresspiegel, als auch unerwartete, wie das Bienensterben.

**Wir fordern:**

- Zügige Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energien und beschleunigter Ausbau von Erneuerbaren Energien und großen Energiespeichern (Power-to-Gas)
- Neuausrichtung der Landwirtschaft, so dass ein großer Teil der benötigten Nahrungsmittel lokal oder regional erzeugt wird
- Umbau des Steuersystems, geringere Belastung der Arbeit, höhere Belastung von Ressourcenverbrauch
- Umbau der Rentenversicherung als Bürgerversicherung mit Mindestrente
- Verringerung der Volatilität des Finanzsystems

**E. Stärkung der partizipativen Elemente der Demokratie**

Dass die Demokratie in einer Legimitationskrise ist, lässt sich an der stetig sinkenden Wahlbeteiligung ablesen. Immer mehr Leute in Deutschland interessieren sich nicht mehr für Politik, sie haben das Gefühl sowieso nichts ändern zu können. Alle Parteien fordern Wachstum. Die von ihnen betriebene Politik – angeblich alternativlos – hat dazu geführt, dass fast ein Viertel der Arbeitsplätze den Inhabern kaum mehr als das Existenzminimum sichert, dass die Unterschiede bei Einkommen und Vermögen größer werden, dass die ökologischen Grenzen des Planeten immer mehr überschritten werden.

Auch das Parteiensystem befindet sich in einer Krise. Immer mehr Leute bezweifeln, dass man als Mitglied oder Wähler Einfluss nehmen kann. Es gibt einen deutlichen Trend zu „Karriere-Politikern“, die keinen Beruf außerhalb der Politik gelernt haben und so in Abhängigkeit von der Parteiführung geraten.

Viele Wähler machen sich nicht klar, wie systematisch eine Politik für Konzern- und Finanzinteressen und damit eine Umverteilung von unten nach oben betrieben wird, Beispiele sind Abgeltungssteuer, Beitragsbemessungsgrenze und homöopathische Steuersätze für ausländische Konzerne (z. B. Apple: 0,005%)..

Solche Entwicklungen der „marktkonformen Demokratie“ können besonders in den USA beobachtet werden, wo ein Kabinett von Millionären und Milliardären Steuersenkungen für Reiche beschließt. Um solche Entwicklungen in Europa zu vermeiden, ist es nötig, wieder alle Bürger „mitzunehmen“ und den Weg in eine gerechtere Welt zu entwickeln.

**Wir fordern:**

- Maßnahmen, die es allen Bevölkerungsschichten ermöglichen (materielle Grundlage, Zeit, Bildung), sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Die in den letzten 50 Jahren aufgetretene verstärkte Ungleichverteilung bei Einkommen und Vermögen steht dem entgegen.
- Maßnahmen zur besseren Einbindung der Bevölkerung in politische Prozesse
- Schaffung eines Gremiums, welches Gesetze beschließt, die das Parlament und die Parteien

selbst betreffen

- Schaffung eines "Ombudsman\*in" zur Vertretung der Rechte zukünftiger Generationen

## 5. Arbeitsgebiete des AK Suffizienz

Aus dieser Fülle von wichtigen Themen konzentriert sich der Arbeitskreis auf folgende Auswahl:

- Abbau umweltschädlicher Subventionen
- Verursachergerechte Preise
- Hinterfragen des BIP
- Stärkung von Resilienz
- Hinterfragen von Wachstum
- Propagieren von Suffizienz

Das Propagieren von Suffizienz findet auf 3 Ebenen statt

- auf der persönlichen Ebene
- auf der lokalen Ebene
- auf der politischen Ebene

Auf der persönlichen Ebene steht die Frage „Wie kann ich suffizient(er) leben?“ im Vordergrund. Wir initiieren und beteiligen uns an Informationsveranstaltungen zum Thema, stellen auf Stadteilfesten aus und streben an, das Thema in lokalen Medien zu platzieren.

Auf der lokalen Ebene geht es um die Vernetzung mit anderen Akteuren und auch darum, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ein suffizientes Leben ermöglicht wird; Suffizienz ermöglichen heißt in diesem Falle z. B. sinnvolle Mobilitätsangebote zur Verfügung zu stellen und dezentrale Strukturen zu ermöglichen (z.B. Dorfladen mit Poststelle). Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung umweltbewusster Landwirtschaft im nahen Umkreis.

Auf der politischen Ebene geht es um die Punkte, die nur bundesweit entschieden werden können. Auch hier bieten wir Veranstaltungen an, und vernetzen uns mit anderen BUND Gruppen, die zum gleichen Thema arbeiten, und mit der Bundesgeschäftsstelle.